



Auskunft erteilt:	Frau Höger	Amt/EB: 01.01-Büro des Oberbürgermeisters
Tel.:	0261 129 1231	e-mail: julia.hoeger@stadt.koblenz.de
Koblenz,	10.09.2020	

### **An alle Mitglieder des Stadtrates**

Ich lade hiermit zu einer Sitzung des Stadtrates am

Mittwoch, den 16.09.2020, 17:00 Uhr,

im grossen Saal der Rhein-Mosel-Halle, Julius-Wegeler-Straße 4, 56068 Koblenz, ein.

Bezüglich der Beratungsunterlagen wird auf die bereits für die Ratssitzung am 03.09.20 versendeten Unterlagen verwiesen.

### **Tagesordnung**

#### Öffentliche Sitzung:

Punkt 1:	Antrag der AfD-Stadtratsfraktion: Öffentliche Mülleimer im Koblenzer Stadtgebiet Vorlage: AT/0146/2020
Punkt 2:	Antrag der GRÜNEN Ratsfraktion: Satzung zur Regelung der Plakatierung zur Wahlwerbung Vorlage: AT/0148/2020
Punkt 3:	Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen GRÜNE und LINKE: Fördermittel Tribüne Stadion Oberwerth Vorlage: AT/0174/2020
Punkt 4:	Antrag der Ratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und FREIE WÄHLER zum vorübergehenden Verzicht auf Holzeinschlag in intakten Laubwäldern Vorlage: AT/0142/2020
Punkt 5:	Antrag der SPD-Ratsfraktion: Verzicht auf Architektenwettbewerb im Zuge des Neubaus der Pestalozzi-Grundschule Vorlage: AT/0143/2020
Punkt 6:	Antrag FREIE WÄHLER Ratsfraktion: Sichere Chorproben ermöglichen Vorlage: AT/0144/2020
Punkt 7:	Antrag der WGS-Fraktion zur Beteiligung der Stadt am openDemokratie-Tool von openPetition Vorlage: AT/0151/2020

Punkt 8:	Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen DIE LINKE und SPD: Ächtung des N*Wortes Vorlage: AT/0145/2020
Punkt 9:	Antrag der AfD-Stadtratsfraktion: Resolution gegen Linksextremismus Vorlage: AT/0147/2020
Punkt 10:	Antrag FREIE WÄHLER Ratsfraktion: Notfonds statt Rheinland-Pfalz-Tag 2022 Vorlage: AT/0161/2020
Punkt 11:	Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen DIE LINKE, SPD und WGS: Abstimmungsverhalten der Fraktionen Vorlage: AT/0163/2020
Punkt 12:	Antrag der WGS-Fraktion: Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur H-Bahn oder Sky-Train in Koblenz Vorlage: AT/0167/2020
Punkt 13:	Antrag der WGS-Fraktion zu Tempo 30 in der Rüsternallee Vorlage: AT/0168/2020
Punkt 14:	Resolution der CDU-Ratsfraktion: Solidarität mit Polizei, Ordnungs- und Rettungskräften Vorlage: AT/0175/2020
Punkt 15:	Antrag der SPD-Ratsfraktion: Umwandlung innerstädtischer Büroräume in Wohnraum Vorlage: AT/0164/2020
Punkt 16:	Antrag der WGS-Fraktion: Bienenfutterautomaten für Koblenz Vorlage: AT/0166/2020
Punkt 17:	Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen GRÜNE und LINKE zum Hitzeaktionsplan Vorlage: AT/0173/2020

Wenn Sie im Hinblick auf Ihren Teilnahmewunsch aufgrund einer Einschränkung Unterstützungsbedarf haben, melden Sie sich bitte unter der genannten Telefon-, Faxnummer oder Emailadresse. Verwaltungsseitig wird dann versucht, das zur Unterstützung Erforderliche und Umsetzbare in die Wege zu leiten.

Mit freundlichen Grüßen

David Langner  
Oberbürgermeister



# Antrag

Vorlage: <b>AT/0146/2020</b>		Datum: 19.06.2020			
Verfasser: 04-Ratsfraktion AfD		Az.:			
<b>Betreff:</b>					
<b>Antrag der AfD-Stadtratsfraktion: Öffentliche Mülleimer im Koblenzer Stadtgebiet</b>					
Gremienweg:					
02.07.2020	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt
		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
	TOP		öffentlich		ohne BE abgesetzt geändert

## Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschließen, die Verwaltung wird beauftragt:

1. Die Entleerungsintervalle von öffentlichen Mülleimern im Stadtgebiet zu überprüfen und anzupassen, um Überfüllungen und bestehende Hygienemängel zu beseitigen und zukünftig zu vermeiden.
2. Bei starken Verschmutzungen eine Grundreinigung durchzuführen oder einen Austausch des Behälters zu veranlassen.
3. Die Anzahl und die Standorte der vorhandenen Mülleimer zu überprüfen und bei Bedarf anzupassen.
4. Die Einbeziehung von gemeinnützigen Einrichtungen wie der AWO-Haus und Garten gGmbH zu prüfen und mögliche Kooperationen zu schließen, um die städtische Müllentsorgung zu entlasten.
5. Zu prüfen, ob der kommunale Ordnungsdienst Personalressourcen, die derzeit durch die Parkraumbewirtschaftung gebunden sind, zur Meldung und Ahndung von illegaler Müllentsorgung und Verschmutzung des öffentlichen Raums bereitstellen kann.
6. Die Einrichtung und Einführung eines Online-Schadens-/Mängelmelders zeitnah umzusetzen.

## Begründung:

Mit dem Vorgang AT/0136/2019 und dem dazugehörigen Zwischenbericht BR/0046/2020 wurde die Stadt bereits beauftragt einen Schadens- und Mängelmelder in die Koblenz-App zu integrieren. Auf diese Weise sollte unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger für mehr Sauberkeit und ein stärkeres Umweltbewusstsein in der Stadt Koblenz gesorgt werden. Der Vorgang wurde jedoch aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie ausgesetzt. Die Stadt Mayen bietet hingegen seit Januar 2019 einen „digitalen Mängelmelder“ an.

In den letzten Jahren hat sich das äußere Erscheinungsbild der Stadt Koblenz in puncto Hygiene, Sauberkeit und Ordnung nachteilig entwickelt. Überfüllte Mülleimer sowie wilde Müllablagerungen (Littering) gehören mittlerweile zum Alltag. Diese Zustände sind nicht hinnehmbar und schmälern die Attraktivität der Stadt erheblich. Es ist überdies nicht vermittelbar, dass sich Bürger und Gewerbetreibende an die strengen Hygiene- und Abstandsregeln gemäß Corona-Bekämpfungsverordnung halten müssen, während auf der anderen Seite der Öffentliche Raum zunehmend von Verwahrlosung und starker Verschmutzung betroffen ist.

Wenn die städtische Abfallentsorgung personell dem wachsenden Abfallaufkommen nicht mehr gewachsen ist, muss sie sich einer Revision unterziehen und unbürokratisch Abhilfe schaffen. Dies

könnte mitunter durch engere Kooperationen mit gemeinnützigen Organisationen wie „Dreck-Weg-Koblenz e.V.“ oder der „AWO-Haus und Garten gGmbH“ erreicht werden.

**Auswirkungen auf den Klimaschutz:** Nachhaltige Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt.











# Antrag

Vorlage: <b>AT/0148/2020</b>		Datum: 22.06.2020	
Verfasser: 02-Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen		Az.:	
<b>Betreff:</b>			
<b>Antrag der GRÜNEN Ratsfraktion: Satzung zur Regelung der Plakatierung zur Wahlwerbung</b>			
Gremienweg:			
02.07.2020	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		ohne BE abgesetzt geändert
	öffentlich		

## Beschlusstwurf:

Der Stadtrat beschließt, die Verwaltung aufzufordern, rechtzeitig vor der bevorstehenden Landtagswahl am 14. März 2021 eine Satzung zur Regelung der Plakatierung zur Wahlwerbung in der Stadt Koblenz zu erarbeiten und vorzulegen

## Begründung:

Bei Wahlen gab es in der Vergangenheit wiederholt bei den zur Wahl antretenden Parteien, Wählervereinigungen und Einzelkandidierenden Unsicherheiten und Irritationen über die für die Wahlplakatierung geltenden Regeln. Eine Satzung kann Rechtssicherheit und breite Akzeptanz für Regeln erzeugen.

Anders als eine bloße Absprache der im Rat vertretenen Fraktionen und/oder der in Koblenz regelmäßig kandidierenden Parteien und Wählergemeinschaften bindet seine Satzung auch neu hinzukommende Parteien und Wählergemeinschaften, die zum einen an der Absprache nicht beteiligt waren und zum Teil gar keine Verbundenheit zu Koblenz haben und auf hiesige Gepflogenheiten, sei es aus Unkenntnis oder bewusst, keine Rücksicht nehmen.

Auf der einen Seite - und genau deshalb soll diese Satzung die Zulässigkeit der Wahlplakatierung im Stadtgebiet festschreiben - schafft die Plakatierung neben anderen Wahlkampfmitteln und medialer Berichterstattung die notwendige Aufmerksamkeit für die jeweils anstehende Wahl. Sie ist ein Signal und Impuls für die wichtigste Form politischer Beteiligung, der Teilnahme an Wahlen. Auf der anderen Seite gab es bei Bürgerinnen und Bürgern wiederholt und vermehrt unter dem Gesichtspunkt des Stadtbildes wie des Ressourcenverbrauchs Unmut über den Umfang der Plakatierung. Dieser Unmut mindert leider die Akzeptanz für die Wahlplakatierung.

Eine Satzung könnte schon allein dadurch, dass vermittelt wird, dass sich die Plakatierung an feste und allgemeingültige Regeln hält, die auch überwacht und durchgesetzt werden, die allgemeine Akzeptanz aufrecht erhalten und erhöhen.

Wenn auch die Verwaltung bei diesem Auftrag bewusst keine Vorgaben erhalten soll, wird im Hinblick auf den Aspekt der Akzeptanz der Plakatierung darauf hingewiesen, dass eine Satzung unter anderem Beschränkung der Gesamtzahl wie der Zahl an einzelnen Standorten aufzustellenden und anzubringenden Plakate enthalten könnte, dass sie bestimmte architektonisch und städtebaulich sensible Bereiche von der Plakatierung

ausnehmen könnte. Eine solche Beschränkung wäre aus diesseitiger Sicht kein Muss für die Satzung, aber durchaus wünschenswert und anzustrebendes Ziel.

Ebenso könnte durch die in einer solchen Satzung möglichen Festschreibung umweltfreundlicher Materialien, Ausschluss umweltbeeinträchtigender Standorte und Beschränkung der Gesamtzahl die Umweltbeeinträchtigung reduziert werden.

### **Auswirkungen auf den Klimaschutz:**

Keine unmittelbaren Auswirkungen.

Allerdings könnte, wenn die von der Verwaltung vorgelegte und von der Ratsmehrheit akzeptierte Satzung eine solche Komponente enthielte, eine in der Zahl der Plakate beschränkte Plakatierung den Ressourcenverbrauch mindern und damit einen Beitrag zum Klimaschutz leisten.





# Antrag

Vorlage: <b>AT/0174/2020</b>		Datum: 21.08.2020	
Verfasser:	02-Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	Az.:	
<b>Betreff:</b>			
<b>Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen GRÜNE und LINKE: Fördermittel Tribüne Stadion Oberwerth</b>			
Gremienweg:			
03.09.2020	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		öffentlich

## Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschliessen, die Verwaltung wird aufgefordert, sich für die Tribüne im Stadion Oberwerth an folgendem Förderprogramm zu bewerben:

[https://www.ptj.de/ueberuns/aktuelles?backRef=8&news=Projektaufruf\\_2020\\_zum\\_Programm\\_Sanierung\\_kommunaler\\_Einrichtungen\\_in\\_den\\_Bereichen\\_Sport\\_Jugend\\_und\\_Kultur](https://www.ptj.de/ueberuns/aktuelles?backRef=8&news=Projektaufruf_2020_zum_Programm_Sanierung_kommunaler_Einrichtungen_in_den_Bereichen_Sport_Jugend_und_Kultur)

PROJEKTAUFRUF 2020 ZUM PROGRAMM „SANIERUNG KOMMUNALER EINRICHTUNGEN IN DEN BEREICHEN SPORT, JUGEND UND KULTUR“

## Begründung:

Mit dem Nachtrag zum Bundeshaushalt 2020 werden erneut Mittel in Höhe von 600 Millionen Euro zur Förderung von Investitionen in kommunale Einrichtungen bereitgestellt. Gefördert werden investive Projekte mit insbesondere überregionaler Bedeutung und sehr hoher Qualität im Hinblick auf ihre Wirkungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Integration in der Kommune sowie für die Stadtentwicklungspolitik.

Für eine Tranche von 400 Millionen Euro ist ein neuer Projektauftrag gestartet.

Die Fördermittel können für die Sanierung des Tribünengebäudes Oberwerth verwendet werden.

## Auswirkungen auf den Klimaschutz:





# Antrag

Vorlage: <b>AT/0142/2020</b>		Datum: 19.06.2020	
Verfasser:	02-Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	Az.:	
<b>Betreff:</b>			
<b>Antrag der Ratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und FREIE WÄHLER zum vorübergehenden Verzicht auf Holzeinschlag in intakten Laubwäldern</b>			
Gremienweg:			
02.07.2020	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP	öffentlich	

## Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschließen, die Verwaltung wird aufgefordert vorerst auf Einschläge in intakten Laubwäldern im Koblenzer Stadtwald zu verzichten bis eine Expertenanhörung in der Klimaschutzkommission stattgefunden hat und eine Empfehlung ausgesprochen wurde. Ausgenommen von diesem Stopp sind Laubbäume, die wegen Krankheit oder Befall zum Schutz anderer Bäume und aus Gründen der Verkehrssicherheit gefällt werden müssen.

## Begründung:

Der Koblenzer Stadtwald ist aufgrund mehrerer Dürrejahre und Schädlingsbefall stark geschwächt. Laut

Forstamt stecken die systemrelevanten Wälder in der Klimakrise (vgl. Forstausschuss UV/0130/2020). Umso

wichtiger ist es die noch intakten Waldbestände zu schützen und nachhaltig zu bewirtschaften.

Wie die Verwaltung in der Antwort auf die Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen (AW/0030/2020) mitteilte,

finden auch in nicht geschädigten Laubwäldern Holzeinschläge statt. Auch wenn dies der Verjüngung der

Bestände dienen soll weisen neueste Studien darauf hin, dass diese Maßnahmen die Wälder noch anfälliger

gegen die derzeitigen Klimaänderungen macht. Forscher der eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald,

Schnee und Landschaft in der Schweiz kamen zu dem Ergebnis, dass ein intaktes Kronendach gegen die

Auswirkungen der Klimaerwärmung schützen kann (Zellweger et al. 2020, Forest microclimate dynamics

drive plant responses to warming (<https://science.sciencemag.org/content/368/6492/772>)).

Zudem bilden Laubbäume in einem unbewirtschafteten Wald kleinere Kronen aus, was in trockenen Jahren

den großen Vorteil, dass sie weniger Wasser verbrauchen und dementsprechend weniger empfindlich auf

Trockenheit reagieren (Scharnweber et al. 2020, Tree growth at the end of the 21st century - the extreme

years 2018/19 as template for future growth conditions ([https://iopscience.iop.org/article/10.1088/1748-](https://iopscience.iop.org/article/10.1088/1748-9326/ab865d/pdf)

9326/ab865d/pdf)).

Bevor nun die noch nicht geschädigten Laubwälder durch die Bewirtschaftung irreparabel geschwächt werden, bitten wir um eine Expertenanhörung in der Klimaschutzkommission. Aufbauend auf neuem Expertenwissen sollte die Klimaschutzkommission eine Empfehlung aussprechen, welche anschließend im Stadtrat beraten werden kann.

**Auswirkungen auf den Klimaschutz:**

Durch die Bindung von Kohlenstoff stellen Wälder eine wichtige Kohlenstoffdioxidsenke dar und leisten damit einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz. Gerade ältere, groß gewachsene (Alt)bäume haben eine hohe Kohlenstoff-Speicherfähigkeit. Die Erhaltung des Koblenzer Laubwaldes dient damit dem Klimaschutz





# Antrag

Vorlage: <b>AT/0143/2020</b>		Datum: 19.06.2020	
Verfasser:	03-Ratsfraktion SPD	Az.:	
<b>Betreff:</b>			
<b>Antrag der SPD-Ratsfraktion: Verzicht auf Architektenwettbewerb im Zuge des Neubaus der Pestalozzi-Grundschule</b>			
Gremienweg:			
02.07.2020	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP	öffentlich	

**Beschlussentwurf:**

Der Rat möge beschließen, die Verwaltung wird aufgefordert, auf den geplanten Architektenwettbewerb im Zuge des Neubaus der Pestalozzi-Grundschule zu verzichten.

**Begründung:**

Bereits in der Ratssitzung am 17.03.2016 wurde der Neubau der Pestalozzi-Grundschule beschlossen. Der seitens der Verwaltung angedachte Architektenwettbewerb würde dazu führen, dass sich der Baubeginn noch einmal für eine nicht unerhebliche Zeitspanne verschiebt. Dies halten wir für nicht ratsam! Der Bau des neuen Schulgebäudes muss so schnell wie möglich beginnen, jede weitere Verzögerung muss bei diesem Projekt vermieden werden.

**Auswirkungen auf den Klimaschutz:**





# Antrag

Vorlage: <b>AT/0144/2020</b>		Datum: 19.06.2020			
Verfasser:	05-Ratsfraktion FW			Az.:	
<b>Betreff:</b>					
<b>Antrag FREIE WÄHLER Ratsfraktion: Sichere Chorproben ermöglichen</b>					
Gremienweg:					
02.07.2020	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt
	TOP		öffentlich	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen
				<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
				<input type="checkbox"/>	ohne BE
				<input type="checkbox"/>	abgesetzt
				<input type="checkbox"/>	geändert

**Die Stadtratsfraktion FREIE WÄHLER beantragt:**

**Der Stadtrat möge beschließen:** Die Verwaltung wird beauftragt, Vereinen und Gruppierungen Flächen für Proben und Zusammenkünfte im Freien zu benennen bzw. zur Verfügung zu stellen. Die Verwaltung bietet eine Möglichkeit zur Reservierung der Flächen für die Nutzung durch Koblenzer Vereine und Gruppierungen an.

**Begründung:**

Für viele Vereine stand während der Kontaktsperren der Probenbetrieb sowie das Vereinsleben still. Aktuell beginnen Vereine und andere Gruppierungen in Koblenz wieder ihre Arbeit aufzunehmen. Vor allem im kulturellen Bereich standen die Probearbeiten in den vergangenen Wochen still. Größere Tanz-, Theater- oder Musikgruppen benötigen unter den aktuellen Auflagen und Vorsichtsmaßnahmen neue Probenräume oder Freiflächen um mit ausreichend Abstand und guter Durchlüftung ihre Tätigkeiten wieder aufnehmen zu können.

Seit dem 10. Juni ist es auch Chören erlaubt unter Einhaltung eines strengen Hygiene- und Sicherheitskonzeptes die Proben im reduzierten Umfang wiederaufnehmen. Eine richtige Chorprobe ist jedoch weiterhin in geschlossenen Räumen kaum möglich und von den Sängerinnen und Sängern oft auch nicht gewünscht.

Damit Ensembles die Sommermonate nutzen können um ihre Proben wieder aufzunehmen ist eine schnelle und unbürokratische Bereitstellung geeigneter Flächen und Räume notwendig. Praktikabel wäre nach Meinung der Stadtratsfraktion FREIE WÄHLER die Veröffentlichung einer Übersicht zu Größen und Charakteristika geeigneter Örtlichkeiten. Dabei sollte angegeben werden ob in höherer Lautstärke Musik gemacht oder abgespielt werden darf. Zudem sollten Angaben zur Erreichbarkeit und Barrierefreiheit angegeben werden.

Um Doppelbelegungen zu vermeiden sollte zudem die Möglichkeit gegeben werden die Nutzung in einen Kalender einzutragen und damit die Fläche für die Probe zu reservieren.





# Antrag

Vorlage: <b>AT/0151/2020</b>		Datum: 23.06.2020	
Verfasser:	06-Ratsfraktion WGS	Az.:	
<b>Betreff:</b>			
<b>Antrag der WGS-Fraktion zur Beteiligung der Stadt am openDemokratie-Tool von openPetition</b>			
Gremienweg:			
02.07.2020	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		öffentlich
			ohne BE
			abgesetzt
			geändert

### Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschließen, dass sich Koblenz am kostenlosen openDemokratie-Tool beteiligt.

### Begründung:

Die Begründung erfolgt mündlich.

Torsten Schupp  
Fraktionsvorsitzender





# Antrag

Vorlage: <b>AT/0145/2020</b>		Datum: 19.06.2020	
Verfasser:	08-Ratsfraktion Die Linke	Az.:	
<b>Betreff:</b>			
<b>Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen DIE LINKE und SPD: Ächtung des N*Wortes</b>			
Gremienweg:			
Stadtrat		<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
TOP	öffentlich	<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
			<input type="checkbox"/> ohne BE abgesetzt geändert

## Beschlussentwurf:

Der Rat beschließt, die Verwaltung wird beauftragt die Ziele der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft in Koblenz umzusetzen und insbesondere anzuerkennen, dass jegliche Verwendung des N\*Wortes rassistisch ist.

Weiterführend setzt sich der Stadtrat dafür ein, dass jegliche Verwendung des N\*Wortes in der Stadt Koblenz vermieden und geächtet wird, um schwarzen Menschen und People of Color (PoC) ein friedvolles und diskriminierungsfreies Leben in Koblenz zu ermöglichen.

## Begründung:

In der Sitzung am 14.05.2020 hat der Stadtrat der Stadt Köln auf Vorschlag des Integrationsrates die Ächtung des N\*Wortes beschlossen. Als Begründung wird im Antragstext aus dem Integrationsrat des Antragstellers Eli Abeke (Bündnis14 / Afrika) folgendes ausgeführt:

„Das N\*Wort wird von vielen schwarzen Menschen und People of Color (PoC) mit Leid, Diskriminierung, Gewalt, Ungleichheit und Entmenschlichung verbunden. Mit dem N\*Wort sind eine Vielzahl von rassistischen Stereotypen verbunden. Diese Stereotypen umfassen Sexualrepression, wie Triebhaftigkeit und Naturhaftigkeit, Kulturlosigkeit, Viktimisierung, Infantilisierung sowie Entfremdung (Othering) und führen zu Ohnmachtserfahrungen und psychischen Folgen. Als europäisches Konstrukt der Kolonialzeit wurde es verwendet, um eine rassistische Unterscheidung herzustellen, Machtverhältnisse zu untermauern und unterdrückende Strukturen zu festigen. Diese Erfahrungen sind auch weiterhin im Bewusstsein verankert. Seit 2015 haben die Vereinten Nationen die Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft ausgerufen. Damit erkennt die internationale Gemeinschaft an, dass Menschen afrikanischer Herkunft eine eigenständige Gruppe darstellen, deren Menschenrechte gefördert und geschützt werden müssen. Insbesondere Menschen, die außerhalb von Afrika leben, sollen in dieser Dekade in den Vordergrund gestellt werden.“

Ziele der UN-Dekade sind

- die Förderung der Achtung, des Schutzes und der Einhaltung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten,
- die Förderung einer besseren Kenntnis und Achtung des vielfältigen Erbes, der Kultur und des Beitrags von Menschen afrikanischer Herkunft zu Entwicklung von Gesellschaften,
- der Schutz vor Rassismus und Diskriminierung.

Bis 2024 sollen alle Staaten sich diesen Zielen verschreiben.“

**Auswirkungen auf den Klimaschutz:**





# Antrag

Vorlage: <b>AT/0147/2020</b>		Datum: 19.06.2020			
Verfasser: 04-Ratsfraktion AfD		Az.:			
<b>Betreff:</b> <b>Antrag der AfD-Stadtratsfraktion: Resolution gegen Linksextremismus</b>					
Gremienweg:					
02.07.2020	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	TOP		öffentlich	Enthaltungen	Gegenstimmen

## Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschließen:

- 1) Der Stadtrat erkennt an, dass es in der Region Koblenz eine gewaltbereite linksextreme Szene gibt, die sich in den letzten Jahren radikalisiert und verschiedene Aktionen gegen politische Gegner und Andersdenkende durchgeführt hat, um in der Stadt eine Drohkulisse aufzubauen.
- 2) Der Stadtrat weist jede Erscheinungsform von Linksextremismus mit Entschiedenheit zurück.
- 3) Der Stadtrat befürwortet und unterstützt Maßnahmen und Programme, welche zu einer differenzierten Analyse und wirkungsvollen Bekämpfung von Linksextremismus beitragen. Zu diesem Zweck sollen Mittel aus dem Förderprogramm „Demokratie leben!“ bereitgestellt werden.
- 4) Der Stadtrat beabsichtigt die Einrichtung eines Expertenpanels zum Thema „Linksextremismus“.
- 5) Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob linksextreme Akteure und Gruppierungen direkt oder indirekt Fördermittel aus dem kommunalen Haushalt erhalten haben.
- 6) Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit es Formen der Kooperation zwischen der Stadt Koblenz und dem Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus Koblenz“ gegeben hat.
- 7) Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und inwieweit in Koblenz eine Infiltration von zivilgesellschaftlichen Vereinigungen und Jugendorganisationen (e.g. „Fridays for Future“) durch linksextreme Strömungen festgestellt werden kann.
- 8) Die Stadtverwaltung wird beauftragt konkrete Maßnahmen einzuleiten, um die Meinungs- und Versammlungsfreiheit im Koblenzer Stadtgebiet vollumfänglich zu gewährleisten und linksextreme Übergriffe zu verhindern.
- 9) Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Aufkleber und Graffitis mit linksextremen Inhalten konsequent zu beseitigen.

## Begründung:

Auch in Koblenz existiert mittlerweile ein gut vernetztes Antifa-Milieu, das zunehmend aggressiv und denunziatorisch vorgeht. Bei der „Autonomen Antifa Koblenz“ liegen mittlerweile die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Beobachtung durch den rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz vor. Die Vorfälle im Stadtrat haben gezeigt, dass zwischen den drei linken Ratsfraktionen und der lokalen linksextremen Szene enge personelle und ideologische Verflechtungen bestehen. Die Antifa hat längst den Status einer Vorfeldorganisation erreicht.

Für die einzelnen linksextremen Verbände und Gruppierungen hat die Initiative „Aufstehen gegen Rassismus Koblenz“ als zentrale Anlaufstelle und Bindeglied fungiert. Es handelt sich dabei um den regionalen Ableger der Organisation ‚Aufstehen gegen Rassismus‘ (AgR), der mittlerweile als eingetragener Verein unter ‚Schängel\*innen gegen Rechts‘ (SgR) firmiert. Nach Auffassung des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg wird AgR „von Linksextremisten sowie von linksextremistischen und linksextremistisch beeinflussten Organisationen unterstützt.“ So steht hinter AgR die ‚Interventionistische Linke‘ (IL) – einer der Drahtzieher der schweren Ausschreitungen anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg. Unter anderem aus diesem Grund beobachtet der Verfassungsschutz die IL und ordnet sie dem gewalttätigen Linksextremismus zu. Geführt wird AgR bzw. SgR von Sebastian Beuth, der für die Grünen im Stadtrat sitzt und als Koordinator des Koblenzer Antifa-Milieus bekannt ist. Aus verschiedenen Postings geht hervor, dass der Verein Gewalt und Denunziation weiterhin als legitime Mittel zur Erreichung seiner politischen Ziele betrachtet.

In jüngster Zeit sind immer wieder auch parteiunabhängige zivilgesellschaftliche Akteure und Organisationen in das Fadenkreuz der linksextremen Szene geraten. Betroffene Bürger berichten von systematischen Diffamierungskampagnen, Drohungen gegen Gastwirte und Vermieter sowie massiven Störungen, Sachbeschädigungen und Übergriffen, die wiederholt zu Absagen oder Abbrüchen von Veranstaltungen geführt haben. In Sozialen Netzwerken kursierten sogar „Todeslisten“ und Morddrohungen.

Am 23.05.2020 versuchte ein aggressiver Mob der linksextremen Szene in Koblenz eine Versammlung von Bürgern, die eine Schifffahrt auf dem Rhein unternehmen wollten, zu stören. Bei dieser Aktion kam es zu Bedrohungen und systematischen Einschüchterungsversuchen - die Opfer mussten angesichts der Drohkulisse den Eindruck haben, dass auch gewalttätige Übergriffe auf sie jederzeit hätten folgen können. In der „Rhein-Zeitung“ berichtete der Unternehmer Gilles, dass er bedroht und sein Fahrgastgeschäft an diesem Tag stark beeinträchtigt wurde. Als Köpfe dieser Aktion wurden die Ratsmitglieder Sebastian Beuth (Grüne) und Oliver Antpöhler (Linke) identifiziert.

Vor diesem Hintergrund müssen zudem die bislang erfolgte Kulturförderung von Land und Stadt für den Verein „Brot und Spiele“ und die Vernetzungsaktivitäten in der Gastronomie „Circus Maximus“, die mit dem Verein eng verbunden ist, in den Blick genommen werden. „Brot und Spiele e.V.“ nutzte Adresse, Räumlichkeiten und Angebote des „Circus“. Er erhielt über Jahre hinweg eine systematische Förderung für „Allgemeine Kulturarbeit“ und sogenannte „Poetry-Slam“-Veranstaltungen, die kaum Aufwand erfordern und aus einfachen Darbietungen bestehen. Die staatliche Unterstützung belief sich alleine in den Jahren 2011-2016 auf 55.000 Euro (Land) und 23.500 Euro (Stadt), insgesamt also 78.500 Euro. Recherchen und Anfragen der AfD-Fraktion haben ergeben, dass der „Circus Maximus“ ein fester Bestandteil und Anlaufpunkt der linken und linksextremen Szene in Koblenz ist. Exemplarisch kann hier das „Antifaschistische Netzwerk Koblenz“ genannt werden, welches nach Auskunft der Landesregierung „seit November 2017 in monatlichen Abständen eine sogenannte ‚Offene Linke Plattform‘ im Circus Maximus in Koblenz durchführt.“ Weiter heißt es, dass „der Internet-Aufruf des Netzwerks zur letzten Veranstaltung am 22. Februar 2018 auch von der Antifa Koblenz geteilt“ worden ist. Folglich kann konstatiert werden, dass mit Geldern der Öffentlichen Hand, die an den „Circus“ flossen, zumindest mittelbar auch linksextreme Strukturen unterstützt worden sind. Eine Revision der bisherigen Förderungspraxis ist daher unumgänglich.

Ob Meinungs- und Versammlungsfreiheit, informationelles Selbstbestimmungsrecht, Recht auf körperliche Unversehrtheit oder das Recht auf Eigentum – Linksextreme nehmen für sich in Anspruch, diese und andere Grundrechte einschränken zu können. Linksextremismus hat letztlich die Überwindung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zum Ziel.

**Auswirkungen auf den Klimaschutz: -**



# Kommentare



**AUG**  
**20**

## Torten: Für die AfD zu schade!

Montabaur · Montabaur, Rheinland-P...  
34 Personen sind interessiert



Gefällt mir



Komentieren



Teilen

Sei der/die Erste, dem/der das gefällt.



### Falko Goerres

Immer diese Linksradi kalen, die so Demos bewerben. Furchtbar!

Vor 49 Minuten · Gefällt mir · Antworten



### Sebastian Beuth ✓

Schritt 1: Bewerben - Schritt 2:  
**Joachim Pauls** Auto anzünden -  
Schritt 3: Profit!

Vor 1 Minute · Gefällt mir ·  
Antworten



Als Joachim Paul antworten



Als Joachim P...



Beitrag





## Schängel innen gegen Rechts

@schaengelinnengegenr  
echts

### Startseite

Beiträge

Veranstaltungen

Info

Fotos

Videos

Community

Gruppen

Notizen

Seite erstellen

👍 Gefällt mir

➦ Teilen

✎ Änderungen vorschlagen



### Schängel innen gegen Rechts

4. November 2019 · 🌐

- Am 16.11. gemeinsam nach Remagen -

Es ist wieder soweit: Am Samstag, den 16.11. wollen Neofaschisten zum elften Mal in Folge in Remagen ein geschichtsrevisionistisches Trauermarsch abhalten.

Hintergrund hierzu ist das Rheinwiesener Lager zum Ende des 2. Weltkrieges ansässig in Remagen.

In dem Kriegsgefangenenlager der Alliierten Befreier wurden Angehörige der Wehrmacht und der Waffen-SS vorübergehend inhaftiert.

Die Fachisten kreieren um dieses Lager einen deutschen Opfermytho...

[Mehr anzeigen](#)



### Antifa Koblenz

4. November 2019 · 🌐





Schängel innen g...



Startseite

Beiträge

Veranstaltungen



Schängel innen gegen Rechts



5. November um 21:07 ·

Logik der CDU Koblenz und FDP Koblenz

# Warum die Extremismus- theorie so dumm ist:



Nachricht



**Aufstehen gegen Rassismus -  
Koblenz**

Gestern um 13:41 • 🌐

Die Antifa Koblenz hat den Treffpunkt  
herausgefunden: Weindorf!

–via **Antifa Koblenz**

"Update !!

Die JA trifft sich im Weindorf !

Sie haben eben den Ort der Veranstaltung  
geändert !

Haltet trotzdem Augen und Ohren offen und geht  
doch auch mal ins Weindorf ein Bier oder ein  
Softdrink trinken !;)

Auf zur Antifaschistischen Schnitzeljagd!

++++Es gibt was zu gewinnen++++

Heute Abend Nazis aus Koblenz vertreiben.

Leider hat das braune Pack rund um den  
Identitäre–Bewegung–Jünger „JC“ Salka die  
Hosen trotz großer Töne ganzschön voll und  
geben nicht ohne dreifache Verifizierung der  
braunen Gesinnung bekannt wo ihre Party  
stattfindet.

Meldet euch daher wenn Ihr Hinweise habt oder  
dem Nazischmutz begegnet. Wir sind für Hinweise  
dankbar und würden uns freuen den Nazis bei der  
Abreise behilflich sein zu können.

Karl Ludwig ähhhh .Joachim Paul wird sicherlich

Nachricht







**NAZIS ANGREIFEN!**

**IMMER MEHR, IMMER UNFAIR.**







# Antrag

Vorlage: <b>AT/0161/2020</b>		Datum: 19.08.2020			
Verfasser: 05-Ratsfraktion FW		Az.:			
<b>Betreff:</b> <b>Antrag FREIE WÄHLER Ratsfraktion:Notfonds statt Rheinland-Pfalz-Tag 2022</b>					
Gremienweg:					
03.09.2020	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt
	TOP		öffentlich	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen
				<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
				<input type="checkbox"/>	ohne BE
				<input type="checkbox"/>	abgesetzt
				<input type="checkbox"/>	geändert

## Beschlussentwurf:

1. Die Bewerbung für den Rheinland-Pfalz-Tag 2022 zurückzuziehen und
2. Die für den Rheinland-Pfalz-Tag 2022 projektierten 250.000,- EUR für einen Brauchtums-Notfonds umzuschichten.

## Begründung:

Im Stadtrat wurde 2019 beschlossen, dass ein innovatives Konzept für einen Rheinland-Pfalz-Tag 2022 erarbeitet und dem Stadtrat vorgestellt wird. Bislang liegt dieses Konzept nicht vor. Zudem wurde beschlossen, dass Koblenz maximal 250.000,- EUR für den Rheinland-Pfalz-Tag aufwendet.

Aufgrund der CoVid19-Krise sieht die Perspektive für 2022 nicht rosig aus, so dass Koblenz auf die Ausrichtung des Rheinland-Pfalz-Tages verzichten sollte. Außerdem haben Recherchen der Fraktion FREIE WÄHLER ergeben, dass die Kosten von 250.000,- EUR für eine Ausrichtung nicht ausreichen werden. Insofern muss die Stadt kritisch prüfen, ob sie sich das Landesfest leisten will.

Statt der 250.000,- EUR für ein langes Wochenende mit Rheinland-Pfalz-Tag, sollte die Stadt die projektierten 250.000,- EUR in einen Notfonds für Brauchtumspflege umgeschichtet werden. Mit diesen Mitteln könnte das Ehrenamt in der Stadt, wichtige Vereine und Veranstaltungen gefördert werden. FREIE WÄHLER denken hier an Karnevals- und Schützenvereine, den Rosenmontagsumzug oder auch Kulturvereine- und Veranstaltungen.





# Antrag

Vorlage: <b>AT/0163/2020</b>		Datum: 19.08.2020	
Verfasser:	08-Ratsfraktion Die Linke	Az.:	
<b>Betreff:</b>			
<b>Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen DIE LINKE, SPD und WGS: Abstimmungsverhalten der Fraktionen</b>			
Gremienweg:			
03.09.2020	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP	öffentlich	

## Beschlussentwurf:

Der Rat beschließt die in der anhängenden Synopse dargestellte Änderung des § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung.

## Begründung:

Es ist maßgeblich von großem öffentlichem Interesse, dass es eine nachvollziehbare Transparenz gibt, wie gewählte Fraktionen bei den Anträgen abstimmen. Wir stellen im verstärkten Maße eine Diskrepanz zwischen öffentlichen Bekundungen und wirklichem Abstimmungsverhalten fest. Auch für die gewählten Mitglieder des Stadtrates ist das genaue Abstimmungsverhalten der Fraktionen nicht immer ersichtlich.

Die größte Verantwortung der gewählten Stadtratsmitglieder liegt in ihrem Abstimmungsverhalten, sich daran messen zu lassen und dies zu protokollieren sollte für keinen demokratischen Menschen ein Hindernis darstellen.

Um auch der historischen Archivierungspflicht für die folgenden Generationen nachzukommen, fordern wir eine Rückbesinnung zu einer Auflistung des Abstimmungsergebnisses, aufgeschlüsselt nach den Fraktionen.

## Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Keine



<b>Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Koblenz</b>	
<b><u>Bisherige Regelung</u></b>	<b><u>Neue Regelung</u></b>
<p>(1) Über jede Stadtrats- und Ausschusssitzung ist eine Niederschrift aufzunehmen. Die Niederschrift muss den Tag der Sitzung, die Namen der Teilnehmer/innen, die Tagesordnung, alle gestellten Anträge, die gefassten Beschlüsse im genauen Wortlaut und das Ergebnis der Abstimmungen enthalten und von dem/der Vorsitzenden, sowie einem von dem/der Vorsitzenden bestellten Protokollführer/in unterschrieben sein.</p> <p>Zur Erstellung der Niederschrift wird der gesamte Ablauf der Ratssitzung und der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in ihrem öffentlichen und nichtöffentlichen Teil digital aufgezeichnet. Die Tonaufzeichnungen werden archiviert. Private Ton- sowie Filmaufnahmen sind nicht gestattet.</p> <p>Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie Bürgerinnen und Bürger dürfen ohne vorherige Zustimmung auch nicht fotografiert werden.</p>	<p>(1) Über jede Stadtrats- und Ausschusssitzung ist eine Niederschrift aufzunehmen. Die Niederschrift muss den Tag der Sitzung, die Namen der Teilnehmer/innen, die Tagesordnung, alle gestellten Anträge, die gefassten Beschlüsse im genauen Wortlaut und das Ergebnis der Abstimmungen, <b>aufgeschlüsselt nach dem Abstimmungsverhalten der Fraktionen</b>, enthalten und von dem/der Vorsitzenden, sowie einem von dem/der Vorsitzenden bestellten Protokollführer/in unterschrieben sein.</p> <p>Zur Erstellung der Niederschrift wird der gesamte Ablauf der Ratssitzung und der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in ihrem öffentlichen und nichtöffentlichen Teil digital aufgezeichnet. Die Tonaufzeichnungen werden archiviert. Private Ton- sowie Filmaufnahmen sind nicht gestattet.</p> <p>Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie Bürgerinnen und Bürger dürfen ohne vorherige Zustimmung auch nicht fotografiert werden.</p>





# Antrag

Vorlage: <b>AT/0167/2020</b>		Datum: 20.08.2020	
Verfasser:	06-Ratsfraktion WGS	Az.:	
<b>Betreff:</b>			
<b>Antrag der WGS-Fraktion: Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur H-Bahn oder Sky-Train in Koblenz</b>			
Gremienweg:			
03.09.2020	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		ohne BE abgesetzt geändert
	öffentlich		

## Beschlussentwurf:

Die Stadtverwaltung beschließt, die Verwaltung wird beauftragt, eine Machbarkeitsstudie zur Einführung einer H-Bahn oder Sky-Train in Koblenz zu erstellen.

## Begründung:

Immer mehr Menschen ziehen in die Städte. Doch der innerstädtische Verkehr ist zusammen mit dem täglichen Pendlerverkehr meistens nicht darauf eingerichtet. Auch in Koblenz wird u. a. durch den neuen Stadtteil auf dem Gelände der ehemaligen Fritsch-Kaserne der Verkehr auf der rechten Rheinseite zunehmen. Daher sollte nach neuen Mobilitätsmöglichkeiten für die Zukunft gesucht werden. Eine H-Bahn wie in Dortmund oder der Sky-Train in Düsseldorf oder die Sky-Line in Frankfurt ist eine automatisch gesteuerte Großkabinen-Hängebahn, die den Autoverkehr mindert und damit auch zur Klimaverbesserung führen kann.

Einerseits wäre die Anbindung neuer Baugebiete wie z. B. in Niederberg durch ein solch umweltverträgliches Verkehrsmittel eine Alternative.

Andererseits kann mit einer Bahn auch der Berufsverkehr von der Straße in die Höhe verlegt werden. Große Parkhäuser an den Einfallstraßen zur Stadt könnten den Individualverkehr auffangen – so z. B. im Norden an der B 9, im Osten in Niederberg / Festung Ehrenbreitstein, im Süden an der Königsbach / Stadion Oberwerth sowie der Karthause. Vorausschauend sollte man an Möglichkeiten denken, wie man vielleicht später auch das Umland mit einbeziehen kann.

Torsten Schupp  
Fraktionsvorsitzender







# Antrag

Vorlage: <b>AT/0168/2020</b>		Datum: 20.08.2020			
Verfasser:	06-Ratsfraktion WGS			Az.:	
<b>Betreff:</b>					
<b>Antrag der WGS-Fraktion zu Tempo 30 in der Rüsternallee</b>					
Gremienweg:					
03.09.2020	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt
		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
	TOP		öffentlich		ohne BE abgesetzt geändert

## Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschließen, die Verwaltung wird beauftragt, die Rüsternallee als Tempo 30-Zone auszuweisen.

## Begründung:

Laut Mitteilung der Anwohner wurden zwar zur Verkehrsberuhigung in Fahrtrichtung Karthäuserweg Zonen mit absolutem Halteverbot im Wechsel mit Parkbereichen eingeführt, diese Parkbuchten werden jedoch vermehrt von Wohnmobilen, LKWs oder anderen großen gewerblich genutzten Fahrzeugen zugestellt. Dies erschwert die Sicht der übrigen Verkehrsteilnehmer auf den Verkehrsfluss. Es kommt somit immer wieder zu gefährlichen Situationen für Fußgänger, die die Rüsternallee queren müssen- auch am Fußgängerüberweg an der Bushaltestelle Hochschule/Schulzentrum, und auch für Fahrradfahrer, denen in Richtung Simmerner Straße die Vorfahrt von den Autofahrern/innen in entgegengesetzter Fahrtrichtung genommen wird, die noch schnell an den parkenden Fahrzeugen vorbeifahren möchten.

Wir möchten daher beantragen, in der Rüsternallee Tempo 30 einzuführen, wie es schon auf fast der ganzen Ost-Karthause besteht und ein durchgehendes Parkverbot in der Rüsternallee für LKWs und Wohnmobile in Fahrtrichtung Karthäuserhofweg einzurichten. Dies wurde bereits 2016 durch die Ratsmitglieder Birgit Hoernchen und Torsten Schupp mit dem AT/0091/2016 beantragt.

Fußgänger, Schulkinder und Fahrradfahrer können auf diese Weise geschützt werden. Tempo 30 dient der Verkehrssicherheit und ergibt einen flüssigen und gleichmäßigen Verkehrsablauf. Gleichzeitig dient es dem Klimaschutz und bedeutet weniger Lärm.

Torsten Schupp  
Fraktionsvorsitzender





# Antrag

Vorlage: <b>AT/0175/2020</b>		Datum: 24.08.2020			
Verfasser:	01-Ratsfraktion CDU			Az.:	
<b>Betreff:</b>					
<b>Resolution der CDU-Ratsfraktion: Solidarität mit Polizei, Ordnungs- und Rettungskräften</b>					
Gremienweg:					
03.09.2020	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt
		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
	TOP		öffentlich		

## Beschlussentwurf:

Der Rat der Stadt Koblenz erklärt seine Solidarität mit den Einsatzkräften von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten und verurteilt jegliche verbalen oder körperlichen Angriffe auf diese Personen. Vielmehr wird ihnen großer Dank ausgesprochen, da sie insbesondere in der Coronakrise dafür gesorgt haben, dass wir in Koblenz gesund und sicher leben konnten und dies auch weiterhin können.

Deutschlandweit sind derzeit vermehrt Angriffe und zum Teil haltlose Pauschalvorwürfe gegen Repräsentanten des Staates, vornehmlich gegenüber der Polizei zu verzeichnen. Die immer häufigeren Anfeindungen dürfen nicht hingenommen werden; die Ordnungs- und Rettungskräfte verdienen Vertrauen, Respekt und Anerkennung, da sie verlässlich und rechtsstaatlich handeln. Dabei erfüllen sie eine wertvolle Aufgabe für die Gesellschaft. Der Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte, Rettungskräfte und andere Repräsentantinnen und Repräsentanten des Staates sowie gegen ehrenamtlich Engagierte muss auf allen Ebenen entschieden entgegengetreten werden. Pauschalverurteilungen von Einsatzkräften lehnt der Rat der Stadt Koblenz daher entschieden ab.

## Begründung:

## Auswirkungen auf den Klimaschutz:





# Antrag

Vorlage: <b>AT/0164/2020</b>		Datum: 20.08.2020			
Verfasser:	03-Ratsfraktion SPD			Az.:	
<b>Betreff:</b>					
<b>Antrag der SPD-Ratsfraktion: Umwandlung innerstädtischer Büroräume in Wohnraum</b>					
Gremienweg:					
03.09.2020	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt
		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
	TOP		öffentlich		

### Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschließen, die Verwaltung wird beauftragt, Kontakt zu Eigentümern aufzunehmen, die über leerstehende Büro- und Gewerbeflächen im Innenstadtbereich verfügen. Gemeinsam mit den Eigentümern soll dann eine mögliche Umwandlung dieser Flächen in bezahlbaren Wohnraum geprüft werden.

### Begründung:

Koblenz benötigt wie viele andere Städte dringend bezahlbaren Wohnraum. Gleichzeitig ist auffällig, dass im Innenstadtbereich Büro- und Gewerbeflächen leer stehen. Hinzu kommt, dass im Zuge der Corona-Pandemie viele Betriebe ihren MitarbeiterInnen die Möglichkeit zum Homeoffice gegeben haben. Es ist davon auszugehen, dass Homeoffice und mobiles Arbeiten in Zukunft einen wesentlich höheren Stellenwert im Arbeitsleben erhalten werden. Dies führt ebenfalls wieder zu nicht mehr benötigten Büroflächen, die zu Wohnzwecken genutzt werden können.

### Auswirkungen auf den Klimaschutz:





# Antrag

Vorlage: <b>AT/0166/2020</b>		Datum: 20.08.2020			
Verfasser: 06-Ratsfraktion WGS		Az.:			
<b>Betreff:</b> <b>Antrag der WGS-Fraktion: Bienenfutterautomaten für Koblenz</b>					
Gremienweg:					
03.09.2020	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt
		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
	TOP		öffentlich		

## Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschließen, die Verwaltung wird beauftragt, in Koblenz an geeigneter Stelle Bienenfutterautomaten aufzustellen.

## Begründung:

Bei einem Bienenfutterautomaten handelt es sich um einen umgerüsteten Kaugummiautomaten. Darin enthalten sind kleine Plastikkapseln, die je nach Inhalt entweder 20 oder 50 Cent kosten. Die Kapseln enthalten Blumensaat, die entweder auf brachliegendem Gelände oder im eigenen Garten ausgesät werden können. Mit dieser Aktion kann ein wertvoller Beitrag gegen das Bienensterben geleistet werden, da es sich um spezielle Blümmischungen für Wild- und Honigbienen und Schmetterlinge handelt. (Link zum Hersteller: <https://www.bienenautomat.de/>)

Aus technischen Gründen ist es aktuell nicht möglich, Alternativen zu den Kunststoffkapseln zu nutzen. Die Automatentechnik aus den 70er Jahren funktioniert nur mit einer festen Hülle. Deshalb gibt es neben dem Automaten eine Sammelbox, in der die leeren Kapseln gesammelt werden, um im Anschluss wieder neu befüllt zu werden.

Die Automaten wurden deutschlandweit bereits an über 30 Standorten z. B. in Mainz und Betzdorf oder Dortmund und Aachen aufgestellt.

Um die Kosten niedrig zu halten, sollten für diese Aktion Sponsoren wie Vereine, Initiativen, Firmen oder Privatpersonen aufgerufen werden.

Torsten Schupp  
Fraktionsvorsitzender











# Antrag

Vorlage: <b>AT/0173/2020</b>		Datum: 21.08.2020			
Verfasser:	02-Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen			Az.:	
<b>Betreff:</b>					
<b>Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen GRÜNE und LINKE zum Hitzeaktionsplan</b>					
Gremienweg:					
03.09.2020	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt
		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
	TOP		öffentlich		

## Beschlussentwurf:

Die Verwaltung wird beauftragt einen Hitzeaktionsplan für Koblenz - orientiert an den Handlungsempfehlungen für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen des Bundesumweltministeriums zu erstellen und dem Rat bis zum Frühjahr 2021 vorzulegen

## Begründung:

Begründung erfolgt mündlich

## Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Bei einem Hitzenotfallplan handelt es sich um eine Massnahme der Klimaanpassung, die die Folgen der immer rasanter werdenden Klimaerwärmung und dadurch vorkommender Hitzewellen berücksichtigen soll.